

Beschluss des Landrats vom 01.12.2022

Nr. 1861

13. **Applaus reicht nicht 2.0: Pflegeprojekt zur Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in der Pflege**

2020/619; Protokoll: ps

Kommissionspräsident **Balz Stückelberger** (FDP) hält fest, Miriam Locher habe am 19. November 2020 das vorliegende Postulat eingereicht, welches ein knappes Jahr später vom Landrat überwiesen wurde. Gefordert wird, dass der Kanton im Rahmen eines Projekts mit allen Beteiligten zusammensitzt und nach Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in der Pflege gesucht wird. Zwei Monate nach der Überweisung durch den Landrat wurde die Pflegeinitiative auf nationaler Ebene angenommen. Die Initiative fordert, dass die Pflege als wichtiger Bestandteil der Gesundheitsversorgung anerkannt und gefördert wird. Bund und Kantone werden aufgefordert, genügend diplomierte Pflegepersonen zur Verfügung zu stellen respektive sicherzustellen, dass dies möglich ist. Es sollen gemäss Initiative Regelungen bei den Arbeitsbedingungen, der Abgeltung, der beruflichen Entwicklung und der Abrechnung getroffen werden. Die Umsetzung der Initiative wird geplant. Der Bund sieht erste konkrete Massnahmen für das kommende Jahr vor. Unabhängig davon sind die beiden Basel bikantonal bereits aktiv geworden: Es gibt einen Runden Tisch Pflege und es gibt eine Projektorganisation, die die Umsetzung der Initiative ermöglichen soll. Ein dringendes Projekt wurde vorgezogen: die Förderung des Programms «Wiedereinstiegskurse auf tertiärer Stufe Langzeitpflege»; diesbezüglich wird mit dem Berufsverband (SBK) zusammengearbeitet. In der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission war unbestritten, dass bereits viel geschieht, was auch begrüsst wurde. Umstritten war, ob das Postulat abgeschrieben werden könne oder nicht. Die Kommissionsminderheit will das Postulat stehenlassen, weil es zwar richtig sei, dass viel geschehe, jedoch handle es sich vorerst nur um Absichtserklärungen – und es sei noch völlig unklar, ob alles zur Zufriedenheit aller umgesetzt werde. Das Postulat sei eher als Zwischenbericht zu sehen. Die Kommissionsmehrheit erachtet das Postulat als erfüllt, es sei aufgezeigt worden, was alles laufe und dass das Postulat von einer Volksinitiative überholt worden sei. Die Kommission empfiehlt mit 8:3 Stimmen, das Postulat abzuschreiben.

– *Eintretensdebatte*

Urs Roth (SP) begründet kurz, weshalb es sich um einen Zwischenbericht handle. Mit dem Prüfen wurde noch nicht einmal richtig begonnen. Es gibt eine Auslegeordnung. Der Bund hat zwei Etappen beschlossen: Die Ausbildungsoffensive kommt früher, und deren Umsetzung erfolgt hoffentlich 2023. Der Ständerat ist als Zweitrat nun auf die Vorlage eingetreten. Bezüglich der Anstellungsbedingungen, dem zweiten Schritt der bundesrätlichen Auslegeordnung, ist man noch relativ wenig weit. Auch der Kanton wird sich darüber Gedanken machen müssen. Der Bericht des Regierungsrats soll nicht kritisiert werden; dieser ist ein guter Auslegeordnungs-Zwischenbericht, jedoch kein Prüfen und Berichten. Mit der Fragestellung des Postulats wird der Landrat in den nächsten Jahren weiter konfrontiert werden. Deshalb stellt der Redner den Antrag, das Postulat stehenzulassen; damit zeitnah über die Schritte bei der Umsetzung der Pflegeinitiative berichtet wird.

Peter Brodbeck (SVP) erklärt, die SVP-Fraktion sei für das Abschreiben des Postulats. Prüfen und Berichten wird so interpretiert, dass geprüft und berichtet wurde. Es wurde aufgezeigt, was der Regierungsrat bereits in die Wege geleitet hat und was er noch tun wird. Es erscheint sinnvoller, das Postulat jetzt abzuschreiben und je nach Entwicklung das Thema mit einem neuen Vorstoss aufzugreifen. Bleibt das Postulat in der Schublade liegen, entscheidet der Regierungsrat, wann er

es wieder vorlegt; wird es hingegen abgeschrieben, besteht jederzeit die Möglichkeit, nochmals nachzustossen.

Erika Eichenberger Bühler (Grüne) führt aus, der Regierungsrat habe ausführlich berichtet und erste Schritte seien eingeleitet worden. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen soll unter Einbezug der Kantone und Sozialpartner erfolgen. Es wurden Projekte aufgegleist und bereits gestartet. Die Ausbildungsoffensive ist ein Teil der Pflegeinitiative und beim Bund bereits in Arbeit. Es ist sehr wichtig, dass auf kantonaler Ebene entschieden wurde, dass bereits realisierbare Massnahmen aus der zweiten Etappe der Umsetzung der Pflegeinitiative vorgezogen werden (bessere Arbeitsbedingungen, direkte Abrechnung, angemessene Abgeltung und berufliche Entwicklung). Die Fraktion Grüne/EVP ist für die Abschreibung des Postulats, auch wenn vieles erst aufgegleist und noch viel zu tun ist. Es wurde geprüft und berichtet und es erscheint sinnvoller, bei Bedarf einen weiteren Vorstoss einzureichen, um gezielt Forderungen zu stellen. Zwei Bemerkungen: Das bikantonale Vorgehen ist sinnvoll, jedoch darf es keine aufschiebende Wirkung haben, denn auch Pflegende sind mobil und gehen dorthin, wo die Bedingungen besser sind. Es wird erwartet, dass zielstrebig vorgegangen wird. Es ist eine Tatsache, dass ein attraktives Paket seitens der Arbeitgebenden mit familiengerechter Work-Life-Balance, Lohnangebot und finanziell unterstützten Fort- und Weiterbildungsangeboten besonders für die Wiedereinsteigenden und Neueinsteigenden vielfach über den Arbeitsort entscheidet. Eine substantielle Beteiligung des Kantons wird begrüsst, beispielsweise bei Wieder- oder Quereinsteigenden. Diese stellen nach Ansicht der OdA ein wichtiges Ressourcenpotenzial dar. Es braucht eine Finanzierung, um den Lebensunterhalt während der Ausbildung sicherstellen zu können. Da könnte der Kanton in die Bresche springen. Man ist interessiert daran, zu hören, wie es weitergeht.

Christina Jeanneret-Gris (FDP) hält fest, es bestehe ein Pflegenotstand. Die Pflege ist mindestens 50 %, wenn nicht mehr, der medizinischen Patientenversorgung. Eine insuffiziente Pflege – wird primär von den Patienten ausgebadet, aber auch von der Ärzteschaft. Die Rednerin würde jeden Strohhalm ergreifen, um diesem Notstand Einhalt zu gebieten. Die aufgelisteten Massnahmen sind nachvollziehbar, aber der Weg über die Politik ist ein Umweg. Es braucht einen direkteren Weg. Primär befinden sich die Pflegenden in einem Arbeitsverhältnis. Deshalb sollten Arbeitsbedingungen zwischen den Sozialpartnern ausgehandelt werden. Der Markt sollte korrigierend wirken, und zwar sofort, ansonsten stimmt das System nicht. Die Rednerin glaubt jedoch, dass die Verhandlungen zäh werden. Das Problem liegt bei den Spitalleitungen, die unter ökonomischem Druck stehen und Stellen streichen oder nicht bewilligen müssen. Die Rednerin hat wiederholt darauf hingewiesen, dass es einen Shift von den Administrationsaufgaben hin zu den medizinischen Diensten braucht. Gibt es in der Pflege mehr Leute, wird der Beruf attraktiver, weil die Überforderung wegfällt und mehr Teilzeit gearbeitet werden kann. Das Fazit: Die FDP-Fraktion wird den Vorstoss abschreiben, aber am Ball bleiben und die Geschäftsleitungen der Spitäler auf ihre Aufgabe aufmerksam machen.

Marcel Zimmermann (Die Mitte) erklärt, die Mitte/glp-Fraktion sei für das Abschreiben des Postulats.

Miriam Locher (SP) unterstützt das Votum von Urs Roth. Es handelt sich um einen Zwischenbericht und die wirkliche Prüfung steht noch aus. Es liegt erst eine Auslegeordnung vor, weshalb der Vorstoss noch nicht abgeschrieben werden soll. Es braucht keine weiteren Vorstösse, denn es liegt einer auf dem Tisch; dieser kann stehengelassen werden.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Beschlussfassung*

://: Mit 58:20 Stimmen wird das Postulat 2020/619 abgeschrieben.
